

mit dem französischen Standpunkt. Die konservative Partei schweigt sich darüber aus. Chamberlain dagegen erklärte in einer Rede in Birmingham, daß Macdonald nicht nur auf die Unterstützung seiner Außenpolitik durch die konservative Partei hoffnen könne, sondern daß die Amtsdauer der Arbeitersregierung möglicherweise eine ziemlich lange sein werde, da die konservative Partei während der Zeit, in der Macdonald die außenpolitischen Probleme zu lösen habe, auf jede eingesetzte Opposition in außenpolitischen Fragen verzichten werde.

Macdonald hat die Absicht, die Schuldenfrage, die Reparationsfrage und die Sicherungsfrage gemeinsam in einer großen internationalen Aussprache zu behandeln, sobald Ende Februar das Gutachten der Sachverständigen-Ausschüsse der Reparationskommission vorliegt. In englisches amtlichen Kreisen erwartet man, daß dieses Gutachten einen vollständig ausgearbeiteten Plan enthalten wird, Deutschland finanziell zu reorganisieren, einen Plan, der nach den Kriterien Magdeburgs von einigen Tagen Macdonald unterbreitet wurde und anscheinend auf die Zustimmung der maßgebenden amtlichen und politischen Kreise Frankreichs rechnen kann.

Die englische Presse legt überhaupt Wert darauf, neuerdings einen Umschwung in der öffentlichen Meinung Frankreichs festzustellen, der die Hoffnung zuläßt, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und England nicht mehr ausgeschlossen erscheine.

Der ausführliche Artikel des "Tempo" vom Sonnabend, der die Bildung eines europäischen Staatenbundes vorschlägt, wird hier als französischer Versuch betrachtet, auf die Anregungen von Lord Grey einzugehen, wenngleich nicht außerhalb, sondern innerhalb der europäischen Staaten eine Lösung der europäischen Spannung zu finden wäre.

Degoutte und der Beamtenabbau

Röhr, 28. Januar. (Eig. Tel.) General Degoutte hat für das Kriegsgebiet die Bekanntmachung über den Beamtenabbau mit folgendem Vorbehalt genehmigt: Überwachung für die unter Anwendung des Reichsgerichtsordnung durchzuführenden Entlassungen durch die Divisionskommandeure für die deutschen Verwaltungsbefehle, die zu ihrer Zone gehören, durch den kommandierenden General der Truppen für Verwaltung, die außerhalb des Bereichs dieser Befehle stehen. Zu diesem Zweck müssen sämtliche erforderlichen Angaben über die zu entlassenden Beamten und Angehörigen, gleichzeitig auch die Entlassungsverordnung durch die zuständigen deutschen Behörden den in Frage kommenden Militärbehörden zugestellt werden.

Zugesungen ist die Verfügung dem Bundesfinanzamt, dem Oberfinanzamt, dem Landeshauptmann, dem Oberlandgerichtspräsidenten, dem Oberpostdirektor und dem Regierungspräsidenten in Düsseldorf.

Ablauen der Separatistenbewegung

Frankfurt a. M., 28. Januar. (Eig. Tel.) Gegenstand der Besatzung ist von den Separatisten wieder besetzt. Der letzte der Einbrüllinge hat die Stadt verlassen. Es hat jetzt den Anschein, als ob die Separatistenplage vom Rhein bald restlos verschwunden wäre. Auch in Mainz und Wiesbaden redet man mit dem baldigen Ende des Spuks. Dr. Dotzen fügt immer noch in Cöln. Er hat sich seit Monaten in Wiesbaden nicht mehr bilden lassen. Im selben etwas sehr abseits gelegenen neuen Hauptquartier verhält er sich ganzlich passiv.

Die italienisch-südslawische Freundschaft

Rom, 28. Januar. (Eig. Tel.) Die Unterzeichnung der italienisch-jugoslawischen Verträge erfolgte im Siegespalast des Palazzo Chigi, nachdem die beiden Hauptdokumente: der Freundschaftsvertrag und das Abkommen über Fiume, am Vormittag fertiggestellt worden waren. Die Unterzeichnung begann um 2 Uhr und endete gegen 3 Uhr. Heute werden verschiedene Nebenabkommen unterzeichnet werden. Nach Unterzeichnung des Hauptvertrags gab die italienische Presse eine Erklärung an Chemnitz der Höhe eines Tees, bei dem freundshafte Reden ausgetauscht wurden. Am Abend fand im Palazzo Venezia großer Empfang statt. Die beiden Vertragsprotokolle werden am Dienstagabend gleichzeitig in Rom und in Belgrad veröffentlicht werden. Gleichzeitig werden die Verhandlungen über den Handelsvertrag beginnen.

Frankfurt a. M., 28. Januar. (Eig. Tel.) Ueber die südlawisch-italienische Verständigung wird der "Frankfurter Zeitung" aus Rom gemeldet: Die Romatische Presse und Ministrische dürfte über die protokollarische Verständigung der Bevölkerung hinweg, die den Fiume-Konflikt beilegen, zwischen den beiden Ländern eine politische Freundschaft begründen und eine allgemeine Aussprache über die Europa- und Balkanpolitik herbeiführen. Die erste persönliche Unterredung der beiden Ministerpräsidenten dauerte fast eine Stunde. Der herzliche Ton, mit dem die italienische Presse ohne Ausnahme die südlawischen Staatsmänner begrüßt, und der bisherige Verlauf des Besuchs zeigen den guten Willen Italiens, mit seinen Adria-Nachbarn nach der nunmehrigen Auskatholizierung der Religionspunkte frontfrei zusammenzutreffen.

Frankfurt a. M., 28. Januar. (Eig. Tel.) Aus Belgrad wird berichtet: Unter dem niederrüdenen Einbrud, den der endgültige Verlust Fiumes in Kroatiens herverursacht hat, füchten die kroatischen Abgeordneten in einer mit den Führern des slowenischen Klerikalen und der bosnischen Moscheebanden am Sonnabend abgehaltenen Konferenz den prinzipiellen Besluß, mit den bisherigen erfolglosen Bemühungen der parlamentarischen Erledigung des Abkommens mit Italien und des Budgets in der Stupschule erscheinen werden, da es ihnen hauptsächlich darum zu tun sei, Neuwahlen zu postulieren, bei denen die Preisgabe Fiumes als wirksames Argumentsmittel gegen die bestehende Regierungspartei benutzt werden soll.

Borböten der Revolution

L

In einem feinen, dem oberflächlichen Blick harmlos erscheinenden Riß im Mauerwerk vermag der Geschickte schon den Beginn einer unabwendbaren Zerstörung zu erkennen. Er erkennt daraus, daß unter der äußeren Schicht die verhängnisvollen Salpetrekliese stecken, die die Entfernung leicht anstreben und schließlich den Zug abstoßen. So vermag er, wo andere nur belanglose Risse erblicken, schon den ersten Bruch anfängliche Verwüstung und einer Entwicklung zu sehen, die nicht aufzuhalten ist, weil sie gesetzmäßig fortwährt. Schließlich vermag der an historischen Analogien reichhaltige Blick politische Entwicklungssprozesse schon in ihren Anfängen zu erkennen und ihre Auswirkung vorauszusehen. Während das mit dem Jahre 1871 und nach ihm erwachsene Geschlecht geringt war, in der Begründung der deutschen Einheit und des deutschen Kaiserreichs einen Abbruch und eine Endschwäche zu sehen, über die hinaus und von der abwärts eine Entwicklung nicht mehr möglich ist, blieben daneben doch noch Traditionen lebendig, die, auf dem Ideengehalt der 48er Bewegung beruhend, doch wenigstens die Krone offen hielten, ob denn die Verfolgung des Kaiserreichs und die kaukasische Form, die man seit ihr erfuhr, vielleicht eine endgültige ist. Und diese Krone verdichtete sich immer mehr zum Zweifel, wie mehr unter Wilhelm II. sich lärmend breit machende und von ihm selber immer wieder betonte Auflösung aller Gesetze von 1871 nur noch als Aufstieg zu dem kaiserlichen Imperialismus ansah, wie er sich fort täglich erweitert der Welt erstreckte.

In Berlin herrschte der Wunsch zu enthüllen, sich herauszuheben und gehobt zu werden, heißt es in einem 1918 erschienenen sehr nachdrücklichen Buch, und diese lauten Stimmen auf der Berliner Bühne überdeckten die leiseren der immer wieder Warningsen, die sich um die Zukunft Sorgen machen. Und erst heute wird es uns rückblickend wieder klar, daß wir sie in auch alle erhöht, aber auch überhöht haben. Und doch ist in viele Herzen den Zweck gestellt haben, den nur der einstweilige äußerliche Erfolg des neuen Kurses des Wilhelmianischen Politik überwältigte. So haben diese fröhlichen Stimmen doch innerlich das mit vorbereiten helfen, was sich dann 1918 in wenigen Wochen jäh vollzog. Und wenn wir heute die Warningsen der Männer, die die langsam sich erweiternden Risse im Mauerwerk richten zu deuteln wünschen, noch einmal betrachten, dann erscheint die deutsche Revolution von 1918 doch weniger als ein eruptiver Vorgang, als vielmehr eine Umwälzung, die eigentlich davon sich doch einmal vollzogen haben wird.

Einer, dessen Geburtsfeind Gemeinschaft der Bevölkerung der 70er und 80er Jahre gewesen, Friedrich Theodor Vischer, hatte noch selber auf der Rednertribüne in der Frankfurter Börseschule gehalten, wo er voll hellempfing Eifers einmal erläuterte, daß ihm die Tagespresse als Abgeordneten formlich in der Hand brennen, wenn er davon denkt, daß er noch nichts Politisches geleistet habe, die soziale Frage der Löfung überzubringen. In seinem gebannten Buche "Aus einer" findet er sehr gute Worte für eine Republik nach Schweizer Muster. Und seitdem berührt uns heute ein anderes Wort aus demselben Werk: „Die Deutschen können das Glück und die Größe nicht verzonen. Ihre Art Idealität ruht auf Schmeid. Wenn Sie es einmal haben, und nun nichts mehr zu schaffen ist, so werden Sie fröhlich werden, die Hände recken und sagen: unsere Freude haben's ja bekommen! Seien wir jetzt recht gemeine Grins- und Fröhunde mit ausgedrehter Zunge. Eine anständige Minorität wird aber bleiben, eine Nation kann so etwas überdauern. Es bedarf dann eines so armen Unglücks, und das wird kommen in einem neuen Kriege. Dann werden wir uns aufstellen müssen, die letzte Hölle daran treten, und dann wird's wieder besser und recht werden.“

Hinter der mit dem Jahre 1871 stärker eingesetzten Industrialisierung Deutschlands erhob sich das Problem der sozialen Frage und der Betriebsbesitz des Trägers der deutschen Industrie, der Arbeiterschaft, an der Regierung durch parlamentarische Mittel. Die Konflikte, die auf diesem Wege lösen, hat der politisch vielleicht weit unterschätzte Napoleon der Dritte mit einer verblüffenden Weitsicht erkannt. In einem Schriftstück, das er als Gefangen in Wilhelmshöhe verfaßte, heißt es der Befürworter der Bismarck, der ihm als preußischer Posthalter in Paris näher getreten war, u. a.: „Der gegenwärtige Krieg wird um zehn Jahre eine Krise nähern, die früher oder später vor vollem Europa werden wird; ich meine die soziale Frage. Herr von Bismarck hat sich niemals damit beschäftigt. Er wird aber dazu gezwungen sein. Aber wer hat sich denn auf den Thronen und in den Staatsräten überhaupt mit dieser Frage abzugeben? Ich allein! Und wenn ich wieder die Krone habe, wäre es abermals diese Frage, die mich am meisten interessieren würde; denn die Zukunft hängt davon ab. Der Kämpfer wird zu spät davor denken, und erst dann wird man ein Urteil darüber haben, ob Herr von Bismarck ein Genie ist oder nur ein gewandter und glücklicher Diplomat.“

Die soziale Frage und die Bekämpfung der sozialistischen Motivation verhinderte ja auch den Konflikt, der zur Entlassung Bismarcks führte. Er, der das preußische Königtum mit einer Rücksicht ausgestattet und weit über die anderen deutschen Kronen erhoben wurde, wurde von dem Kaiser Wilhelm I., den er oft sehr gegen seinen Willen auf die steile Höhe geführt hatte, in Ungnade entlassen wie ein Minister, der entbehllich geworden war. Was muß es wissen, mit welchen fast demütigen Worten noch im November 1890 ein König von Preußen den König von Hannover belehnen hat, nach "Spill mit dem Krieg" abzulassen, um zu verstehen, wie Bismarck, der diesen Wandel zweigedacht, einen Wissenden gegenüber — in dem Bericht noch seiner Entlassung an Kaiser Franz Josef vom 26. März 1890 — mit vollem Recht auf dieses sein Werk verwiesen konnte: — ich darf ich behaupten, daß Leibniz (seitdem er preußischer Ministerpräsident geworden) die monarchische Autorität in Preußen und im übrigen Deutschland wieder eine stärkere geworden ist.

Es ist dennoch ganz naturngemäß, daß die öffentliche Amtshälfte einsteht, als an Stelle einer inneren Fortentwicklung des monarchischen Prinzips in zeitgemäßer Form unter Wilhelm II. nur eine Betonung und Verfestigung des älteren Form erfolgte, als kleinere Reden und leeres Schmuckstück die Kritik und der Anfall modifiziert. Schon ein Jahr vorher war einer der Beraternen, wie Gustav Freytag gegenüber dem Berliner Vorsteher mit bestürzten Mißverständnissen als Werner auf-

getreten. In seiner Schrift „Der Konsprin und die deutsche Kaiserkrone“, die damals großen Einbruch machte, finden sich Sätze, die heute prophetisch wirken. Er spricht davon, daß er während des Feldzugs in Frankreich dem Konsprin die Gefahr gespürt habe, daß die neue Kaiserwürde den alten sozialistischen Einsicht ein Ende machen werde. Das Selbstgefühl der Künster wird sich steigern, aber ebenso sehr das Selbstgefühl des Kaisers; der ganze Staat überwundene Kurs alter, nicht mehr zeitgemäßer Ansprüche wird sich schnell nebstellen. Überall wird das fühlen werden, auch im Beamtenamt und im Heere. ... Und wie im Heere und im Bürobüro, so wird auch im Volke ein höfliches und feines Wesen sich entwickeln. In Zeiten des Gedehns werden die Deutschen wohl solchen Nebenland ertragen können, wenn sie auch vielen eingehen die Energie und Altheit vermissen. Aber jedes Jahr zu einer Zeit, als die Rentenmark noch nicht im öffentlichen Verkehr zu haben war. Es nimmt deshalb auch nicht wunder, daß man heute hin und wieder in einzelnen Zeitungen urteilsseligen Meldungen begegnet, etwa des Zeithalls, daß die Rentenmark schon vor ihrer Ausgabe an ausländischen Börsenplätzen mit 80 bis 70 Prozent ihre Goldwertes gehoben wurde. Es bedarf gar keines Beweises, daß solche Wahrnehmungen unter Umständen bewußtlos wären. Man braucht aber nur daran zu erinnern, daß die Rentenmark ein durch ausreichende Sicherheit vollkommen gegebenes Zahlungsmittel ist. Es scheint noch immer nicht in Betracht, daß der Konsprin der großen Masse gebungen gehe, daß die Rentenmark tatsächlich durch eine Goldschuld gebettet ist, welche die Rentenbank durch Geleit an Landwirtschaft durch den industriellen Unternehmungen in Goldwert erworben hat. Natürlich müssen auch die Zinsen dieser Grundschulden bzw. Goldschuldbewertungen von den Schuldern in Gold (eine Mark = 17200 Kilogramm Feingold) entrichtet werden. Außerdem ist durch Geleit die Differenz des von der Rentenbank ausgegebenen Geldes von vorherhin in Höhe der zugunsten der Rentenbank befindenden Goldschulden begrenzt. Es kann daher nicht wie bei der Papiermark beliebig viel Rentenmark gedruckt werden; dazu kommt aber noch, daß der Inhaber von Rentenbankbriefen sich für je 500 Rentenmark einen Rentenbrief über 500 Goldmark mit Zinslauf vom nächsten Fälligkeitstermin an kaufen kann, wie auf jedem Rentenbankbrief klar und deutlich vermerkt ist.

Aus dem Gesagten ergibt sich schon, daß wohl schwerlich jemand Rentenmark unter dem tatsächlichen Goldwert verkaufen wird. Denkbare wäre nur, daß kleine Börsenjobber sich finden, die auf lange Sicht hinaus, weil sie kein Vertrauen zur deutschen Regierung haben, solche Geschäfte als Verkäufer abschließen gelernt sind. Sie werden vermutlich ihr Geld ebenso daran verlieren, wie er in diesen Tagen einige allzu hoffnungsfreudige Rotterdamer und Amsterdamer Bankenmeister, die den Nutzen gehabt hatten, die Rentenmark mit 33 bis 35 holländischen Cents zu "fliegen", sie aber jetzt zu ihrem Leidwesen mit 60 bis 64 Cents liefern müssen. Es kann sich, wie gesagt, nur um sogenannte Zwischenläufe handeln, bei denen vielleicht Mengen von Rentenmark gar nicht den Besitzer wechseln und die deshalb auch für die innere Bewertung der Rentenmark ganz unumstößlich sind.

Zu berücksichtigen wäre daneben noch an die Möglichkeit von Scheinverkäufen, d. h. Rechtsgeschäften, die nur dem Namen nach und zu dem Zweck aufzutreten, daß die Meldung in die Welt hinausgegeben werden kann, die Rentenmark werde schon jetzt unter ihrem Wert verkauft. Daß es auch innerhalb Deutschlands Kreise gäbe, die an solchen Unterbewertungsmeldungen interessiert wären (man denkt an die zahlreichen Inflationsgewinner, die mit der Einführung der Rentenmark befürchtet haben), daß ihnen das Wasser abgegriffen wird, soll nicht gelegnet werden. Auf eben dieselbe Weise könnte aber heute ein Herr Müller an einen Herrn Schulze in Berlin das englische Pfund mit 50 bis 70 Prozent seines tatsächlichen Wertes verkaufen, ohne daß dies für die allgemeine Bewertung des englischen Pfunds von Belang wäre. Im Übrigen kann noch versichert werden, daß trotz sorgfältiger Nachprüfung bis zur Stunde nicht festgestellt werden konnte, daß überhaupt an einer ausländischen Börse im amtlichen oder im Freiverkehr oder auch nur bei einem namhaften ausländischen Bankier Rentenmark unter Preis gehandelt werden. In manchen ausländischen Börsen steht der Kurs der Rentenmark über der Goldparität. Die Ausfuhr von Rentenmark ins Ausland ist übrigens ebenso verboten, wie überhaupt der Verkauf der Rentenmark an Ausländer.

Beschleunigter Beamtenabbau

Berlin, 27. Januar. (Eig. Tel.) Der Abbau der Beamten soll in sehr beschleunigtem Tempo durchgeführt und die Zahl der zu entlassenden Beamten soll von 26 auf 38 Prozent erhöht werden. Hinter dieser verschärfsten Abbauoption sollen auch politische Impulsatoren stehen, nämlich die Kreise der Schwerindustrie, die darüber enttäuscht seien, daß die Beamtenabbau bisher noch nicht zu einer nötigen Sanierung der Verwaltung von Republikanern geführt habe. Da die Leitung des Beamtenabbaus in den Händen von Lewald, Busch und von Weller liegt, die alle drei früher von sozialdemokratischen Ministern verabschiedet worden sind, seien die republikanischen Beamten in diesen Männern ein „Körper der Freiheit“.

Ferner wird behauptet, daß der Abbau in den Reichsbehörden schon bisher in großem Umfang durchgeführt worden sei, als es die Verordnung vorschreibt. Fast überall sind Ideen bis 15 Prozent abgebaut, die erst am 1. April fällig waren, während weitere 10 Prozent noch später entlassen werden sollen. In erster Linie will man offenbar die Organisationen und Behörden treffen, an denen die Sozialdemokratie besonders interessiert ist.

Ein selbstloses Pachtobjekt

Die Mitteldeutsche Verlags-Gesellschaft in Erfurt, die in Halle die „Saale-Zeitung“ herausgibt, ruft ihre Abonnenten zu einer außerordentlichen Generalsammlung zusammen. Auf der Zusammenkunft steht auch ein Vorschlag der Direktion, den Kapital der „Saale-Zeitung“ an die Haushaltsgesellschaft der Deutschen Postanstalt zu verpachten.

Rentenmarkt und Ausland

Von Dr. jur. Justus Schönthal,

Archivar des Deutschen Rentenbank.

Dass es innerhalb wie außerhalb des Deutschen Reichs Kräfte gibt, die der Einführung eines weitbeständigen Zahlungsmittels mit aller Macht entgegenarbeiten, möglicherweise sogar zu einer Zeit, als die Rentenmark noch nicht im öffentlichen Verkehr zu haben war. Es nimmt deshalb auch nicht wunder, daß man heute hin und wieder in einzelnen Zeitungen urteilsseligen Meldungen begegnet, etwa des Zeithalls, daß die Rentenmark schon vor ihrer Ausgabe an ausländischen Börsenplätzen mit 80 bis 70 Prozent ihre Goldwertes gehoben wurde. Es bedarf gar keines Beweises, daß solche Wahrnehmungen unter Umständen bewußtlos wären. Man braucht aber nur daran zu erinnern, daß die Rentenmark ein durch ausreichende Sicherheit vollkommen gegebenes Zahlungsmittel ist. Es kann sich, wie gesagt, nur um sogenannte Zwischenläufe handeln, bei denen vielleicht Mengen von Rentenmark gar nicht den Besitzer wechseln und die deshalb auch für die innere Bewertung der Rentenmark ganz unumstößlich sind.